

# Sächsische Volkszeitung

**Unabhängiges Tageblatt**  
**für Wahrheit, Recht und Freiheit**  
mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit  
und Sonntagsbeilage Feierabend

**Wegpreis:**  
Ausgabe A mit 2 Beilagen vierteljährlich 2,10 M. In  
Dresden beim Boten 2,40 M. In ganz Deutschland  
bei den Postämtern 2,50 M. In Österreich 2,90 M. In  
Ungarn 3,00 M. In der Schweiz 3,20 M. In Italien 3,50 M.  
Ausgabe B nur mit Feierabendbeilage vierteljährlich 1,90 M. In  
Dresden beim Boten 2,10 M. In ganz Deutschland bei  
den Postämtern 2,20 M. In Österreich 2,50 M. In Italien 2,80 M.  
Redaktions-Druckerei: 10 bis 11 Uhr vormittags.  
Für alle eingekaufte Exemplare macht sich die Redaktion  
nicht verantwortlich. Abrechnung erfolgt, wenn Rückporto be-  
tragt. Briefliche Anfragen ist Antwortporto beizufügen.

**Anzeigen:**  
Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familien-  
angelegenheiten bis 12 Uhr.  
Preis für die Petit-Spalthe 20 g, im Restamteil 60 g.  
Für unendlich geliebte, sowie durch Fernsprecher auf-  
gegebene Anzeigen können die Verantwortlichen für die  
Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.  
Geschäftsstelle und Redaktion Dresden, Goldschmiedestraße 46

Nr. 234

Fernsprecher 1366

Sonnabend, den 12. Oktober 1912

Fernsprecher 1366

11. Jahrg.

## Wochenschau

**Herbststimmung.** Todesahnen zieht in diesen rasch verdämmernden Oktobertagen durch die Natur und wir werden unwillkürlich an die Falken der „schwarzen Berge“ erinnert, die in diesem Augenblicke durch das Kriegsgeschrei der Montenegriner aufgeschreckt werden und über die Schluchten der zerrissenen Kalkgebirge fliegen. Denn der Krieg ist da. Das kleine Montenegro ist den Diplomaten „durch die Lappen gegangen“, wie Herr Sasanow sich geäußert haben soll, als er in Berlin die Nachricht von der Kriegserklärung erhielt. Was wird daraus werden? Wer weiß es? Der Journalist kann es sicherlich nicht wissen, wenn die starken Lenker der Großmächte sich durch einen bisher immer bespöttelten kleinen Balkanfürsten so überraschen und verwirren lassen, daß sie das Konzept verlieren und selbst nicht sagen können, was die nächste Stunde bringen wird!

Die vergangene Woche war reich an Kongressen. In Dresden tagten die christlichen Gewerkschaften. Aus den Berichten über die Arbeiten dieses Kongresses erhebt man neuerdings die Wichtigkeit dieser machtvollen Organisation, ihre Bedeutung für das soziale und wirtschaftliche Leben der Nation. Der fortschrittliche Parteitag in Mannheim dagegen bot nur ein Bild der Uneinigkeit, und mit Mühe gelang es der Parteileitung, alle Risse schlecht und recht zu verkleistern und im übrigen durch ängstliche Enthaltensamkeit allen Konflikten möglichst aus dem Wege zu gehen. Das Verlangen der Frauen, ihre völlige staatsbürgerliche Gleichberechtigung programmatisch zu fordern, wurde nicht gewährt; man fand sie mit kleineren Zugeständnissen ab. Das Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie wurde als eine große politische Tat gepriesen, die hoffnungsvolle Ausichten für die Zukunft bietet. Der fortschrittliche Parteitag hat somit die Partei wieder einmal als national unzuverlässig erwiesen, und wie es mit ihrer religiösen Haltung bestellt ist, erhellt aus dem Umstande, daß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages Trennung von Kirche und Staat gesetzt worden ist. — Gleichzeitig tagte in Saarbrücken der Evangelische Bund, der in diesem Jahre sein silbernes Jubiläum feiert. Trotz seiner Jahre hat der Bund aber noch nichts von seiner Feindschaft und seinem Hass gegen Rom und die katholische Kirche verloren. Auch die Konferenz der Generalversammlung stand im Zeichen der konfessionellen Bege, die ihre schönsten Blüten in der Behandlung der Teufelsfrage trieb.

Die österreichische Delegation bemüht sich krampfhaft, ihre Arbeiten so schnell als möglich zu beenden. In diesem löblichen Beginnen, das hauptsächlich in der bedrohlichen auswärtigen Lage seine Gründe hat, wird sie jedoch bedauerlicherweise von den Sozialdemokraten behindert, die in diesen kritischen Tagen sich wieder einmal so recht staatsfeindlich zeigen. Trotz der Wirren auf dem Balkan halten die sozialdemokratischen Delegierten die ge-

schmähliche Erledigung der wichtigsten Staatsnotwendigkeiten auf durch stundenlange Reden, in denen ganz überflüssigerweise die Sozialdemokratie als einziger Hort des Friedens und — man höre und staune — der Papst als Ursache des italienisch-türkischen Krieges hingestellt wird. Gleichzeitig drohen die Vertreter dieses „Friedenshortes“ mit Aufruhr im Innern und mit Vorgängen nach dem Muster der berüchtigten Pariser Kommune anno 1870 für den Fall, daß die internationalen Verwicklungen eine Mobilisierung in Oesterreich notwendig machen sollten!

Der italienisch-türkische Krieg ist beendet — aber der Friede ist nicht formell abgeschlossen, und die Italiener haben diese Zeit der Verhandlungen noch zu einem Vorstoß bei Domba benützt, der einen für die Türken sehr verlustreichen Ausgang genommen haben soll. Das wird nur zur Beschleunigung des offiziellen Friedensschlusses beitragen. Beide kriegführenden Staaten haben ja auch sichtlich ein großes Interesse daran, daß der türkisch-italienische Konflikt endlich aus der Welt geschafft wird. In erster Linie hat natürlich die Türkei alle Ursache, sich des Gegners zu entledigen, um dann mit um so größerer Kraft und rückenfrei dem anscheinend nicht mehr aufzuhaltenen Ansturm der Balkanstaaten entgegenzutreten zu können. Aber auch Italien möchte gern die etwas verbrannten Finger aus dem tripolitischen Feuer ziehen, da es bei einem etwaigen Balkanbrande ohnedies wieder engagiert werden kann.

Aus Marokko laufen in letzter Zeit weniger beruhigende Nachrichten ein. Es ist dort fast still geworden, doch scheint es die Stille vor dem Sturm zu sein. Es heißt, der Thronbewerber El Siba sammle wieder eine starke Truppenmacht, verschiedentlich wurde auch behauptet, er rüste bereits zu neuen Angriffen gegen die Franzosen und habe 10000 Mann unter seinen Fahnen. Jedenfalls kann von einem auch nur einigermaßen unterworfenen Lande nicht gesprochen werden. Überall glimmt das Feuer unter leichter Achsende, und jeder Windzug kann die Flammen wieder entfachen.

In Spanien gärt es augenblicklich wieder recht bedenklich. Die Meldungen, die von dort eintreffen, deuten auf die Anfänge einer revolutionären Bewegung hin. „Nach Portugal Spanien“, haben sich die freimaurerischen Umstürzler gesagt und sie gehen mit Bedacht und Zielbewußtsein ans Werk. Der Eisenbahnzustand in Spanien hatte einen recht erheblichen Umfang angenommen und nur durch die Einberufung der Reserven konnte die Regierung eine Einstellung des Betriebes verhindern. Den Cortes, die auf den 14. Oktober einberufen worden sind, sollen neue Gesetzesentwürfe zur Schlichtung der Streitfragen vorgelegt werden. Ministerpräsident Canalejas wird in ihnen voraussichtlich den rechtlichen Charakter allgemeiner Ausstände im öffentlichen Dienste genau festlegen.

Belgien hat in August Vernoert einen seiner besten Staatsmänner verloren. Vernoert hat während eines Vierteljahrhunderts die politische Szene mit einer Meisterhaft

beherrscht, die ihm sogar die Bewunderung seiner Gegner eintrug. Sein Tod hat im ganzen Lande tiefe Trauer hervorgerufen.

England lenkt zurzeit die Aufmerksamkeit des politischen Beobachters auf sich durch die Rolle, welche es in den Verhandlungen vor dem beginnenden Balkankriege gespielt haben dürfte. Man stellt nicht mit Unrecht den König Nikola von Montenegro als den Geschobenen dar; über die „schiebende“ Kraft ist man sich nicht im Klaren. Am nächsten kommen wohl die der Wahrheit, die da sagen, daß es hier eine große Zahl von schiebenden Kräften gibt. Unter ihnen aber hat gewiß Sir Edward Grey eine Rolle gespielt. Es ist sogar höchst wahrscheinlich, daß er die Diplomatie sämtlicher Großmächte über den Löffel barbiert hat, und daß England es sein wird, das allein aus der Affäre Rügen zieht. Rußland hat auf dem Balkan schon genug bittere Erfahrungen gemacht, um vorsichtig zu sein; schließlich würde es auch die Kanonen Oesterreich-Ungarns auf seinem Wege finden. Nur England kann sich frei bewegen und nach Herzenslust anderen Ratschläge erteilen, damit sie die Kaskanten aus dem Feuer holen! Das war ja von jeher so. Darum gefällt sich England jetzt in der Rolle des Türken-Beschützers! Während alle übrigen Mächte sich in Begrenzung zur Türkei setzen, erstreckt England bloßlich in der Gloriole des energischen und erfolgreichen Beschützers des „ranken Mannes“. Es ist das ein großer diplomatischer Erfolg Sir Greys auf dem Wege seiner Bemühungen, Deutschland am Goldenen Horn völlig aus dem Sattel zu heben und zugleich sich die Sympathien aller Mohammedaner, deren England viele Millionen in seinen Kolonien zählt, zu gewinnen. Es ist aber auch ein Bild nicht ohne Reiz, hier wieder einmal John Bull als würdevollen Vertreter jener Politik zu sehen, bei welcher er bedeutende Vorteile für sich herauszuschlagen hofft.

## Der Balkankrieg

Um Podgoriza und um Berane wird noch immer lebhaft gekämpft. Podgoriza ist die größte Stadt Montenegros und der Ausgangspunkt der Operationen für die Montenegriner. Auf türkischer Seite ist der natürliche Stützpunkt Skutari; und es ist anzunehmen, daß die Montenegriner diese Stadt als Zielpunkt ihrer Operationen betrachten. Die örtlichen Verhältnisse erschweren ungemein die militärischen Operationen, da die Kommunikationen in den Bergen Albaniens mehr als mangelhaft sind. Es wird vielleicht sich ein Kleinkrieg entspinnen, denn die montenegrinische Armee allerdings viel eher gewachsen sein würde als die türkische, die zum großen Teile aus ermüdeten und an den Bergkrieg nicht gewohnten Truppen besteht.

Und die Haltung Bulgariens, das doch die Führerrolle im Balkankrieg übernommen hat? Antwort: König Ferdinand von Bulgarien hält sich noch in geheimnisvolles Schweigen. Er zaudert. Er läßt andere vorgehen, um zu zeigen, daß er nur deshalb vorgeht, weil er durch die Er-

## Zur Ermordung des Paradiesvogel-„Jägers“ Peterson in Deutsch-Neuguinea

In der „Tägl. Rundschau“ veröffentlicht Professor E. G. Schilling, der bekannte Forschungsreisende und Vorkämpfer für Naturschutz, mit der Bitte um Abdruck einen Warnruf, dem wir folgendes entnehmen.

Durch die deutsche Presse geht im Augenblicke ein Bericht des kaiserlichen Bezirksamtes Friedrich-Wilhelmshafen in Deutsch-Neuguinea über den in Folge der Ermordung des „Jägers“ Peterson und seiner Gehilfen notwendig gewordenen Strafzug gegen die an der Mordtat schuldigen Eingeborenen. Das Dorf Bemari wurde nach diesem Berichte eingekerkert und fünf Bemariente getötet. Die Expedition währte vom 21. bis 26. Juni und ließ eine Abteilung zurück, um weitere Strafakte vorzunehmen. Es wirft dieser Bericht ein schlagendes Licht auf die im Sinne des Naturschutzes höchst traurigen Verhältnisse in Deutsch-Neuguinea. Nicht zum ersten Male war es notwendig, gegen Eingeborene so vorzugehen, die (höchst begrifflicherweise!) mit den Paradiesvogeljägern in Konflikt geraten waren. Man muß sich fragen, ob nicht durch derartige Vorgänge und die großen Kosten, die durch diese Strafzüge entstehen, die als Rechtfertigung der Abschachtung der Paradiesvögel oft angeführten Zolleinnahmen, die aus der Ausfuhr der Paradiesvogelbälge sich ergeben, illusorisch gemacht werden. Das Bezirksamt Friedrich-Wilhelmshafen war es auch, das im Anfang dieses Jahres auf die Anfrage einer am Federhandel interessierten Zeitung die Auskunft gab, es könne von Paradiesvogelausrottung in absehbarer Zeit gar keine Rede sein!

Glaubt man denn in Deutschland tatsächlich, die Ansicht vertreten zu können, die Paradiesvögel in wenigen Jahren ausrotten zu dürfen? Weshalb hat die englisch-

Regierung jede Paradiesvogeljagd und Ausfuhr aus British-Neuguinea gänzlich verboten?? Einfach aus dem Grunde, weil sich die unbedingte Notwendigkeit eines solchen Verbotes ergeben hat. Auf dem diesjährigen deutschen Kolonialtage in Hamburg mußte man es erleben, daß als so ziemlich der einzige wirtschaftliche Wert Deutsch-Neuguineas die Paradiesvogelvernichtung hingestellt wurde, auch hörte man dort, daß der Gouverneur Deutsch-Neuguineas die Konzession der Paradiesvogelvernichtung neuerdings an die Urbarmachung von 50 Hektar Land geknüpft habe. Stehen dem Gouverneur keine anderen Mittel zu Gebote, Land kultivieren zu lassen, als durch die Ausrottung — ich wiederhole: Ausrottung! — der Paradiesvögel? Eine „Schnitzzeit“ während einiger Monate des Jahres soll ersaunlicherweise von den im Innern des Landes tätigen „Jägern“ respektiert werden... Wer überwacht diese Maßnahme, und wie wird sie überwacht? Was soll sie nützen, da doch der Paradiesvogel sein vom Handel als Damenschmuck verlangtes Prachtstück genau wie der Reiher nur zur Brutzeit trägt? (Die Paradiesreißer des Handels sind keine Reiher, sondern Paradiesvögel!)

In dem von der „Modistin“ am 25. Mai 1912 verbreiteten Sonderabdruck finden sich u. a. folgende Ausführungen ebendesselben kaiserlichen Bezirksamtes Friedrich-Wilhelmshafen (in geheimerem Druck!): Soweit die Angriffe, die sich gegen den Federhandel auf Damenhüten richten, behaupten, daß der Paradiesvogel ausgerottet werde, handelt es sich um eine starke Uebertreibung“. Ferner: „Es ist richtig, daß die Jagd auf Paradiesvögel, als die Preise dafür stiegen, einen großen Umfang angenommen hat. Das Jagdgebiet ist aber so weit, daß (gedruckt gedruckt!) von einer Ausrottung in absehbarer Zeit keine Rede sein kann. Die Ausfuhr betrug 1911 4306 Bälge etc.“

Ich möchte fragen, worauf das kaiserliche Bezirksamt

Friedrich-Wilhelmshafen diese, einem Blatte, welches lediglich die Interessen des Federhandels in diesem Falle vertritt, erteilte Auskunft gründet? Ist es dem Bezirksamte unbekannt, daß einzelne Arten schon als ausgerottet gelten? Ist es ihm unbekannt, daß kein einziger Paradiesvogel aus dem benachbarten British-Neuguinea mehr ausgeführt werden darf?

Der Zufall wollte es, daß im Jahre des Regierungsantritts unseres Kaisers zwei damals neu entdeckte Paradiesvogelarten nach unserem Herrscherpaare benannt wurden. Beide Prachtvögel — Paradisea Guillelmi imperatoris und Paradisea Augustae Victoriae —, vor allem die letztgenannte, nach unserer Kaiserin benannte, vom Federhandel massenhaft eingeführte Art, sollten doch wahrhaftig nicht völlig vernichtet werden.

Es wäre gut, wenn die Öffentlichkeit, auch unser Parlament, diesen Dingen ihr Interesse zuwendete. Soll der „Bund für Vogelschutz“ in Stuttgart, soll ein solch vortrefflicher Kenner, wie Oberstudienrat Professor Dr. Lampert, auf dem Internationalen Heimatschutztag in diesem Jahre umsonst den endlichen Schutz dieser Herrlichkeiten der Schöpfung gegen habgierigen Vernichtungswahn gefordert haben? Darf eine kleine Söldnergruppe und leider auch viele Europäer in Deutsch-Neuguinea fortfahren, sie für immer aus dem Buche des Lebendigen zu streichen? —

So weit Professor Schilling. Zur Erläuterung sei noch hinzugefügt, daß in Deutsch-Neuguinea jeder veränderte Paradiesvogel einen Ausfuhrzoll von fünf Mark in die Kolonialkasse bringt. Je mehr also von diesen wunderbar prächtigen Vögeln abgeschossen und nach Europa zum Schmuck der Damenhüte geschafft werden, um so günstiger steht sich die Kasse der Kolonialverwaltung. Eine höchst merkwürdige Illustration zum staatlichen Vogelschutz!